

**Kein Tag länger Krieg!**

**Internationale Solidarität für Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!  
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gegen Krieg und Sanktionsregime!**

**Am 12.12.2022 von 18 bis 21 Uhr im Frankfurter DGB-Haus**

Die GEW hat sich auf ihrem Bundesgewerkschaftstag 2022 gegen eine Feindbilderziehung gewandt. Inzwischen wird aber das öffentliche Klima fast vollständig auf die Produktion täglicher Feindbilder, die Werbung für mehr deutsche Kriegsbeteiligung und die Ausblendung kritischer Sachverhalte getrimmt. So konnte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Mützenich, auf eine Terrorliste der Ukraine gesetzt werden, ohne dass es einen Aufschrei in der Öffentlichkeit gegeben hätte! Und Mützenich ist nicht der Einzige! Alice Schwarzer gehört wegen ihres Aufrufs für Friedensverhandlungen ebenfalls dazu.

**Wir wollen dies ändern! Um den Krieg und seine fatalen Auswirkungen zu überwinden, wollen wir folgende Aspekte mit dem Input eines internationalen Experten und Kurzreferaten beleuchten, die in eine abschließende Diskussion münden. Wir erhoffen uns, dass unsere Gewerkschaften die Friedensfrage entschiedener in Richtung Waffenstillstand, Verhandlungen und Beendigung des Wirtschaftskrieges thematisieren und propagieren.**

**Input: Andreas Zumach, Journalist und Publizist**

Kostspielige Hochrüstung, eine auf lange Dauer angelegte Konfrontation mit Russland sowie die Vernachlässigung von Klimawandel, Hunger und anderen globalen Herausforderungen - diese "Zeitenwende" bieten Politik und Medien fast unisono an als angeblich alternativlose Antwort auf Putin-Russlands völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine. Was wären die Chancen und notwendigen Schritte für eine militärfreie, ökologische sowie sozial und global gerechte Zeitenwende und für eine europäische Friedensordnung, die es nur mit Russland geben kann?

**Britta Brandau, Ver.di**

Die Auswirkungen der Aufrüstungs- und Sanktionspolitik verhindern die längst überfälligen Investitionen in die Daseinsvorsorge. Deshalb hat ver.di sich gegen Rüstungshaushalte ins Grundgesetz positioniert. „Keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete - Milliarden für Pflege, Bildung, Klimaschutz statt zur Aufrüstung der Bundeswehr“ ist die Forderung der ver.di-Bezirkskonferenz Frankfurt und Region vom 5.11.2022.

**Herbert Storn, GEW**

Wie bringen wir den gleichzeitig mit dem militärischen Krieg stattfindenden und damit verwobenen Wirtschaftskrieg über Sanktionen ins öffentliche Bewusstsein? Beide Kriege verschärfen die sozialen Gegensätze – national wie international. Sie sind sozial und ökologisch ein Desaster!

**Ariane Alba Márquez, SDS**

Je länger der Krieg angeheizt wird, desto mehr wird das öffentliche Klima auf die Produktion von Feindbildern und Militarisierung getrimmt. Wir fordern mit 60 Prozent der Bevölkerung einen sofortigen Waffenstillstand. Ins Bewusstsein zu heben ist die Rolle von Deutschland als Frontstaat. Mit militärischen Hauptquartieren der USA und der NATO und den Atomwaffen in Büchel sind wir die ersten Betroffenen.

**Maximilian Waclawczyk, IGM**

Die Auswirkungen des Kriegs und der Sanktionspolitik verhindern den ökologischen Umbau, wie er auch von der IG-Metall gefordert wird. Das Militär ist eine gigantische Werte-Vernichtungsmaschine. Es ist schon merkwürdig, dass das in der veröffentlichten Meinung kaum vorkommt oder verdreht wird.

**Verantwortlich:**

GEW Bezirksverband Frankfurt am Main, Bleichstr.38a, 60313 Frankfurt  
Unterstützt von der Frankfurter Friedens- und Zukunftswerkstatt

